

Parlamentswahlen in Georgien: Erdrutschsieg für Saakaschvilis Partei

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Georgien am 21. Mai 2008 hat die Regierungspartei „Vereinte Nationalbewegung“ mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Die enttäuschte Opposition kündigt Massenproteste an.

Am 21. Mai 2008 haben in Georgien vorgezogene Parlamentswahlen stattgefunden. Den vorläufigen Endergebnissen zur Folge erhielt die regierende Partei „Vereinigte Nationalbewegung“ (UNM) 59,2% der per Liste zu vergeben Stimmen. Das größte Oppositionsbündnis „Vereinigter Nationalrat“ erhielt 17,7%, die „Christlich-Demokratische Bewegung“ 8,6% und die Arbeiterpartei Georgiens“ 7,4%. Die übrigen angetretenen Parteien scheiterten an der 5%-Hürde.

Zusammen mit den Direktmandaten wird die UNM rund 120 von insgesamt 150 Sitzen im Parlament erhalten. So verfügt die Partei wieder über eine Parlamentsmehrheit, die Verfassungsänderungen „im Alleingang“ ermöglicht. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission lag die Wahlbeteiligung bei 55%.

Faire und freie Wahlen? – Ein gemischtes Bild!

Die georgischen Parlamentswahlen wurden von zahlreichen lokalen und internationalen Wahlbeobachtern begleitet. Während die Wahl im Stadtgebiet von Tiflis ganz überwiegend frei und fair verlief, wurden in den Regionen zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt.

Die OSZE hat die Wahlen trotz dieser Unregelmäßigkeiten insgesamt positiv beurteilt.

Die Abstimmung drücke alles in allem den Willen des Volkes aus. Das Auswärtige Amt hat die Parlamentswahl in Georgien als „weit überwiegend fair“ und wichtigen Schritt hin zu einer demokratischen Gesellschaft begrüßt. Auch die EU äußerte sich zufrieden: „Wir sind insgesamt sehr froh, dass die Wahlen ruhig verlaufen sind und die Wahlbeteiligung gut war“, erklärte Sloweniens Außenminister Dmitrij Rupel für die derzeitige EU-Ratspräsidentschaft. „Unsere Beurteilung ist insgesamt positiv“. EU-Außenkommissarin Benita Ferrero Waldner erklärte, die Wahl sei nicht perfekt verlaufen, weise aber deutliche Fortschritte auf und dies sei wichtig.

Das Oppositionsbündnis „Vereinigter Nationalrat“ ist vom Wahlergebnis schwer enttäuscht. Das Bündnis wies darauf hin, dass in der Wahlkampfberichterstattung im Fernsehen klar die Regierungspartei bevorzugt wurde. Das Oppositionsbündnis betonte, dass – abgesehen von den zahlreichen Verstößen am Wahltag – der ganze Wahlkampf in einem Klima der Einschüchterung und Angst stattfand. Freie und faire Wahlen seien deshalb von vornherein nicht möglich gewesen. Das Oppositionsbündnis kündigt Proteste an.

Präsident Saakashvili bezeichnete den Sieg seiner UNM als Triumph des Willens des georgischen Volkes. Niemand könne sich gegen das Votum stellen. Er selbst sei überrascht gewesen vom Ausmaß der Unterstützung. Davit Bakradze, der die UNM-Liste anführt, erklärt: „Wir haben einen positiven Wahlkampf geführt. Wir hatten konkrete Antworten auf konkrete Probleme.“ Und weiter: „Diesmal gingen weniger Bürger zur

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
SÜDKAUKASUS**

KATJA CHRISTINA PLATE

Mai 2008

www.kas.de/kaukasus

Wahl als bei den Präsidentenwahlen. Besonders die Wähler der Opposition sind zuhause geblieben, weil sie frustriert von ihren Parteien waren.“

**Die Parlamentswahlen setzen den
Schlusspunkt unter acht politisch turbu-
lente Monate**

Die letzten acht Monate waren in Georgien von politischen Turbulenzen geprägt: Im Herbst 2007 vereinte sich die bis dahin zersplitterte Opposition zu einer schlagkräftigen politischen Kraft. Anfang November fanden mehrere, von der Opposition organisierte Großdemonstrationen gegen den Präsidenten und die Regierung mit insgesamt mehr als 100 000 Teilnehmern vor dem georgischen Parlament statt. Die Vertreter der Opposition forderten bei diesen Demonstrationen unter anderem den Rücktritt des Präsidenten und Parlamentswahlen im Frühjahr 2008.

Am 7. November - die Opposition wollte gerade eine Zeltstadt vor dem Parlament aufbauen - wurde der Platz von Sondereinheiten des Innenministeriums mit Gewalt geräumt. Die darauffolgenden Unruhen dauerten den ganzen Tag an. Abends verhängte Präsident Saakaschwili den Ausnahmezustand und ließ oppositionsnahe Fernsehsender schließen.

Nach westlicher Kritik und zur Entschärfung der innenpolitischen Krise setzte Saakashvili bereits für den 5. Januar 2008 vorgezogene Neuwahlen an.

Die Opposition konnte die selbst gesteckten Ziele nicht erreichen

Im Vorfeld der Präsidentenwahlen befand sich die georgische Opposition auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Der Wahlkampf zwischen dem amtierenden Präsidenten Micheil Saakaschwili und dem Kandidaten der Oppositionsplattform „Vereinigter Nationalrat“, Levan Gatschetschiladse, brachte Georgien die ersten wirklich kompetitiven Wahlen seiner Geschichte.

Saakaschwili konnte sich nur knapp mit 53% im ersten Wahlgang durchsetzen.

Zahlreiche, von lokalen und internationalen Beobachtern bestätigte Unregelmäßigkeiten beschädigten die Legitimation und den Ruf Saakaschwilis weiter.

Nach den erfolglosen Massendemonstrationen gegen die offiziellen Wahlergebnisse, zerbröckelte die Oppositionsplattform jedoch wieder und die Kräftekonstellation veränderte sich erneut zugunsten der Regierungspartei UNM.

Die Oppositionsplattform konnte keine für die Bevölkerung unmittelbar sichtbaren Erfolge erzielen. Nach dem Tod des georgischen Oligarchen Badri Patarkazischwili verlor die Opposition zudem eine wichtige Finanzquelle. Dem Oppositionsbündnis „Vereinigter Nationalrat“ gelang es weder die neue Partei „Christlich-Demokratische Bewegung“ (CDM), die sich binnen kurzer Zeit beachtlichen Zuspruch sicherte, noch die linke „Arbeiterpartei Georgiens“ einzubinden. Fatal war jedoch die Kompromissunfähigkeit der Opposition im Hinblick auf die Direktmandate: In allen Wahlkreisen kandidierten mehrere Oppositionskandidaten und splitterten das Stimmenpotenzial der Opposition auf. So ebnete die Opposition letztlich selbst den Regierungskandidaten den Weg ins Parlament.

Auch der Mangel an inhaltlichem Profil und charismatischen Führungspersönlichkeiten mag zum Debakel des Oppositionsbündnisses beigetragen haben. Der „Vereinigte Nationalrat“ hat sich im Wahlkampf darauf beschränkt, die Regierung zu kritisieren, jedoch kaum alternative Konzepte angeboten. Auch der Spitzenkandidat des „Vereinigten Nationalrates“, Levan Gatschetschiladse, genoss nicht mehr das Ansehen, das er im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen noch hatte.

Der Wahlkampf war geprägt von der Reform des Wahlgesetzes und vom außenpolitischen Konflikt mit Russland

Das umstrittenste Thema der letzten Monate war die Änderung des Wahlgesetzes: Nachdem sich Opposition und Regierung nicht auf einen gemeinsamen Entwurf für ein neues Wahlgesetz einigen konnten,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
SÜDKAUKASUS**

KATJA CHRISTINA PLATE

Mai 2008

www.kas.de/kaukasus

nutzte die regierende Partei ihre Verfassungsmehrheit, um das Wahlgesetz im Alleingang zu ändern. Die Opposition warf der Regierung in der Folge vor, das neue Wahlgesetz einseitig vorteilhaft für sich gestaltet zu haben.

Nach dem neuen Gesetz wird die Hälfte der insgesamt 150 Parlamentssitze über Direktmandate vergeben. Es wurden 75 Einmandatswahlkreise geschaffen, in denen derjenige Kandidat gewinnt, der die meisten Stimmen erhält. Die restlichen 75 Sitze werden per Parteiliste nach dem Proporzprinzip verteilt. Gleichzeitig wurde die Hürde für den Einzug ins Parlament von 7% auf 5% gesenkt.

Die Opposition hält das neue Wahlrecht einseitig vorteilhaft für die Vereinte Nationalbewegung. Für die regierende Partei sei es relativ leicht, über die Mobilisierung der „administrativen Ressourcen“ (d.h. die Wähler, die im öffentlichen Dienst arbeiten) die nötigen 30 % der Wahlkreisstimmen zu bekommen und so die Mehrheit der Direktmandate für sich zu sichern. Die Oppositionsparteien protestierten gegen das neue Wahlrecht mit einem Hungerstreik vor dem Parlament – ohne Erfolg.

Der Wahlkampf wurde zudem in der wichtigen Endphase zunehmend von einer außenpolitischen Krise zwischen Russland und Georgien um Abchasien überschattet. Sogar von einem drohenden Krieg war immer wieder die Rede. Die Themen, bei denen die Opposition hätte punkten können – Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsentwicklung und Demokratisierung – wurden so völlig an den Rand der medialen Aufmerksamkeit gedrängt.

Die Parlamentswahlen waren ein Lackmustest für die georgische Demokratie

Am 4. April 2008 musste der georgische Präsident beim NATO-Gipfel in Bukarest eine Niederlage hinnehmen: Seinem Land wurde von den westeuropäischen Staaten die Aufnahme in den „Membership-Action-Plan“ (MAP) - die letzte Etappe zum NATO-Beitritt – verweigert. Dies unter anderem mit dem Hinweis, dass Georgien noch Prob-

leme in Sachen Demokratie und Menschenrechte habe. Die NATO-Staaten machten die faire und demokratische Durchführung der Parlamentswahlen zur Vorbedingung der Aufnahme in den MAP beim Treffen der NATO-Außenminister im Dezember 2008.

Auch die Europäische Volkspartei, bei der die UNM den Beobachterstatus beantragt hat, beobachtete die Parlamentswahlen genau.

Michail Saakaschwili hatte seinen „Rosenrevolution“-Bonus während der Ereignisse von November 2007 verspielt und seinen Ruf als Demokrat durch die umstrittene Präsidentschaftswahl weiter belastet. Die Parlamentswahlen vom 21. Mai hatten deshalb für ihn und die georgische Regierung eine besondere Bedeutung: Die Wahlen sollten gewonnen, die Legitimität des Machtanspruches gesichert und gleichzeitig Deutschland, Frankreich und anderen EU-Staaten davon überzeugt werden, dass Georgien freie und demokratische Wahlen abhalten kann.

So wurde auch die Bewertung der Wahlen durch den Europarat, die OSZE-ODIHR Mission, das Europäische Parlament und die Parlamentarische Versammlung der NATO zu einem Politikum, wie auch die gut besuchte Pressekonferenz am Tag nach den Wahlen zeigte. Das Votum - weiter Defizite aber Fortschritte – lässt Spielraum.

Für die Entwicklung einer pluralistischen Parteiendemokratie in Georgien wäre es wünschenswert gewesen, wenn keine Partei die 2/3 Mehrheit der Parlamentssitze erhalten hätte, die Verfassungsänderungen erlaubt. Viele Georgier fürchten nun, dass im neuen Parlament der politische Dialog wieder zu kurz kommen wird.

Nicht nur die Durchführung von freien und fairen Wahlen ist ein wichtiger Indikator für Demokratie. Auch die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur außerhalb und innerhalb des Parlaments ist von entscheidender Bedeutung. So stimmt es nachdenklich, wenn die langjährige Parlamentspräsidentin Nino Burjanadze vor kurzem bedauerte, dass es ihr nicht gelungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

sei, den Abgeordneten eine angemessene Rolle in der georgischen Politik zu sichern.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
SÜDKAUKASUS**

In der kommenden Legislaturperiode steht auch das neue Parlament vor der Herausforderung, seinen Beitrag zur nachhaltigen Verankerung der Demokratie in Georgien zu leisten.

KATJA CHRISTINA PLATE

Mai 2008

www.kas.de/kaukasus